

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

auf-draht.online | 1. Dezember 2020

**BMW:** Da lacht der Vorstand, da lacht der Aktionär ..... 2  
**MAN:** Traton kauft ein! MAN-Arbeitsplätze gesichert? ..... 2  
**ÖPNV-Streik:** „Wir bleiben bei unseren Forderungen“ – ein Trambahnfahrer berichtet .. 4  
**Verdi-Streik:** „Die schwierigen Verhandlungen haben wohl nicht mehr hergegeben.“ .. 5



## Jobvernichtung bei der MAN für den Profit der Kapitalisten

9.000 Kolleginnen und Kollegen sollen gehen, davon 3.000 im Münchner Werk, um 1,8 Milliarden Euro einzusparen. Gleichzeitig wird der US-Konkurrent Navistar für 3,7 Milliarden Dollar gekauft.

Die Zahl 9.000 stand im Raum auf der Betriebsversammlung bei MAN-Allach am 20. November. Das Unternehmen will 1,8 Mrd. Euro einsparen durch Arbeitsplatzabbau und Werkschließungen. 3.000 sind im Münchner Werk bedroht. Doch der Betriebsrat leistet Widerstand. Die Vereinbarung über Beschäftigungssicherung, die zum Jahresende von MAN gekündigt wurde (AD berichtete), habe eine Nachwirkung bis Oktober 2021. Bis dahin geht nichts, sagte Betriebsratsvorsitzender Stimoniariis. Außerdem werde das jetzt gerichtlich geprüft.

17.500 Unterschriften aus allen MAN-Werken wurden auf der Betriebsversamm-

lung den Managern übergeben. Sie waren in allen Werken gesammelt worden und wenden sich gegen die angedrohten Entlassungen. Das stärkt sicher den Betriebsrat, der ist jetzt weiter gefordert. Er leistet Widerstand, die Verhandlungen stocken also, das ist gut. Der Betriebsrat wird nur mit euch im Rücken das Schlimmste verhindern können.

Klar ist, dass auf die Gerichte kein Verlass ist. Und klar ist auch, dass der übliche, öffentlich nicht sichtbare Abbau weiterläuft. Das sind die Altersteilzeit-Verträge, das sind die nicht ganz freiwilligen Aufhebungsverträge auf Grundlage des Sozialplans. Und Kollegen Außertarifliche, eure

40-Stunden-Verträge stehen auch auf der Agenda von MAN. Das bedeutet zurück zur 35 und weniger Lohn.

Die beste Unterstützung für den Betriebsrat ist, euren Unmut immer wieder und vernehmlich auszudrücken. Das muss der Betriebsrat auch zur Kenntnis kriegen, z.B. indem ihr immer wieder nachfragt, wie die Verhandlungen stehen. Verlangt Infoveranstaltungen - auf dem Werkhof!

Erinnert den Kollegen Stimoniariis an sein Versprechen: „Ich mache nichts ohne euch“.

■ *krrn*

## Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2021: Die oder wir!

Die IG Metall beschloss am 26. November ein Forderungsvolumen von 4 Prozent, mindestens 100 Euro bei 12 Monaten Laufzeit sowie einen Teillohnausgleich für eine Vier-Tage-Woche.

4 Prozent also, das bedeutet wieder Reallohnverlust. Eine Nullrunde hatten wir schon. Anfang 2020 machte die IG Metall mit einem „Moratorium“ einen Kniefall vor Gesamtmetall, dem Kapitalistenverband. Ein verlorenes Jahr ohne Lohnerrhöhung für die Metaller. Die Kapitalisten waren erfreut.

Die Arbeiter hatten durch Kurzarbeit zusätzlichen Lohnverlust, das Geld fehlt nun im Geldbeutel. Das Kapital setzte nach, als die große IG Metall den Kampf unterließ. Die Folge waren Verzichtvereinbarungen, die mit drohendem Arbeitsplatzabbau erpresst wurden. So geht das Kapital mit denen um, die all die Werte

schaffen, aus denen die Unternehmer ihren Profit saugen.

Die Vertrauensleute wurden nicht wie in früheren Tarifrunden befragt, was denn ihre Forderungen seien. Was denn ihr Konto sagt, nachdem ihre Miete abgebucht

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 3 ►

## Traton kauft ein! MAN-Arbeitsplätze gesichert?

Die VW-Lkw-Holding kauft amerikanischen Nutzfahrzeuge-Hersteller Navistar für 3,7 Mrd. US-Dollar.

Die VW-Holding Traton, bestehend aus MAN Bus & Trucks, Scania und VW-LKW Brasilien, ist nun in den USA ähnlich aufgestellt wie der große Konkurrent Daimler. Traton hat mit dem Navistar-Kauf den Fuß drin, sozusagen. Der US-LKW-Markt ist der „größte profitpool“ für Nutzfahrzeuge. (Handelsblatt, 19. Oktober 2020) Dort wird die Hälfte der weltweiten Gewinne eingefahren. Der Deal kostete Traton 3,7 Milliarden Dollar. Da geht also der Profit hin, den ihr erarbeitet habt, Kollegen bei MAN!

Gemeldet wird auch die Entwicklung eines neuen 13-Liter-Motors, der in allen Marken eingesetzt werden soll. (Handelsblatt, 19. Oktober 2020.) Er soll Diesel,

Biosprit und Gas schlucken, um die strengen US-Abgasvorschriften einzuhalten. Der Mutterkonzern VW kann ein Lied davon singen.

Traton schreibt wieder schwarze Zahlen, nach einem Rückgang um 37 Prozent im 1. Halbjahr 2020. (Manager Magazin, 22. Oktober 2020) Der neue Boss Gündler steuert langfristig eine Umsatzrendite von 9 Prozent an. Dabei ist Navistar nur ein Baustein dieses Profitziels.

Kann jetzt aufgeatmet werden? Sind jetzt die Münchner Arbeitsplätze bei MAN sicherer wegen des US-Deals?

Gündler will weiter Kosten senken, da gibt es keine Abstriche. Der Kampf um den Weltmarkt, auf dem er den Rivalen

Daimler zurückdrängen muss, zwingt ihn dazu. MAN und Scania müssen jetzt auch in den USA gegen diesen antreten.

Jetzt kommt ihr ins Spiel, Kollegen bei MAN. Als „renditeschwach“ wird eure Bude im *Manager Magazin* (22. Oktober 2020) bezeichnet. Also wird ausgelagert, werden Werke geschlossen, alleine in München soll jeder dritte Arbeitsplatz wegfallen. (AD berichtete.) Das sind die weiteren Bausteine für Gündlers Renditesteigerung! ■ *krrn*

## Da lacht der Vorstand, da lacht der Aktionär

Auch BMW-Vorstand Zipse freut sich über den „Umweltbonus“ der Bundesregierung.

Die Bundesregierung läßt es krachen mit dem „Umweltbonus“. Zur Zeit beträgt er bis zu einem Nettolistenpreis von 40.000 Euro insgesamt 9.480 Euro. BMW-Chef Zipse freut sich daher über die hohe Nachfrage beim X5-Plug-in-Hybrid und beim Elektro-Mini. Die Kapazitäten sind ausgelastet, Kunden müssen

mehr als ein halbes Jahr warten. Die Plug-in-Hybrid-Schlitten werden in der Regel von Autobahnfressern gefahren, die kaum an die Steckdose wollen. Auch der ADAC beklagt das. Die Karre ist zwar schwerer, aber Benzin ist billig. Beim X5 werden immerhin 3.750 Euro Staatsknete mitgenommen.

676.000 Autos hat BMW im 3. Quartal 2020 ausgeliefert, mehr als je in einem Quartal. Der Gewinn stieg um 17 Prozent auf 1,8 Mrd. Euro (Süddeutsche Zeitung, 5. November 2020). ■ *krrn*

**Neulich vor BMW** Das Maskentragen scheint ein Problem zu sein. Ein Kollege kam raus, ging wütend an mir, dem Auf Draht-Verteiler, vorbei und rief sinngemäß: Masken sind schlimm den ganzen Tag! Und riss sie wütend runter.

Wenn es Maskenpflicht am Band gibt, dann müssen Pausen gemacht werden, um wieder durchatmen zu können. Kolleginnen und Kollegen, fordert das! Geht zum Meister oder gleich zum Betriebsrat. Der hat in diesen Fragen ein Mitbestimmungsrecht.

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) empfiehlt eine Begrenzung der Tragezeit entsprechend der FFP2-Masken von zwei Stunden. (Quelle: IG metall@daimler)

- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München



► Fortsetzung von Seite 1

## Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie: Die oder wir!

wurde. Stattdessen wurde eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Wie zu erwarten, wollten die Befragten Arbeitszeitverkürzung. (Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich diskutiert. Das wurde bei den Fragestellungen keineswegs angeboten!) Die Tarifkommissionen klopfen nun eilig das 4-Prozent-Forderungsvolumen zusammen – die Karikatur einer Arbeitszeitverkürzung – und gaben diese am 17. November bekannt.

Aber so geht's nicht! Zwischen Betriebsrat und Unternehmer können 4 mal 8 Stunden pro Woche vereinbart werden, wie es heißt, zur Beschäftigungssicherung. Der Teillohnausgleich für eine solche 32-Stunden-Woche deckt den Lohnverlust nicht mal zur Hälfte ab! Knapp 9 Prozent wären notwendig, um 3 Stunden weniger

auszugleichen. Die Kollegen zahlen also die Arbeitszeitverkürzung selbst. Und stehen so ein für die Krise des Kapitals, mit Lohnverzicht und Arbeitsplatzabbau, der so nicht verhindert wird.

Die Autoindustrie beginnt wieder zu brummen, bei Porsche und anderen Premiumherstellern gehen die Aufträge durch die Decke. BMW baut ein neues E-Mobil-Werk in Milbertshofen. (Süddeutsche Zeitung, 19. November 2020) MAN oder Daimler setzen auf Erpressung und Vertragsbruch. Der IG Metall-Vorstand begründet seine lächerliche Forderung damit, dass die Situation in den Metallbetrieben unterschiedlich sei. Doch ein altes Prinzip der Arbeiterbewegung ist: Solidarität! Die Starken müssen die Schwachen mitnehmen. Das heißt, kampfstärke Betriebe gehen voran, wenn es sein muss, mit Streik!

Nun hat der IG Metall-Vorstand angekündigt, dass ab Mitte Dezember verhandelt wird. Möglichst noch vor Ende der Friedenspflicht am 1. März 2021 soll abgeschlossen werden. (Aachener Zeitung, 6. November 2020) Also unter Verzicht auf Streik!

Es liegt nun an Euch, Kolleginnen und Kollegen, wo dieser Tarifkampf entschieden wird: Am grünen Tisch oder im Betrieb und auf der Straße. Die Metaller haben in den vergangenen Wochen gezeigt, dass sie trotz Corona für ihre Interessen, gegen Arbeitsplatzabbau, kämpfen können.

Der Streik ist vorzubereiten, die Vertrauensleute müssen das organisieren! Sprecht mit den Kollegen. Schickt Resolutionen an den IG Metall-Vorstand:

Keine Nullrunde! Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich für alle! Keine Abwälzung der Krise auf die Arbeiter!

Die Arbeiter können nur leben, wenn sie die Unternehmer das Fürchten lehren.

■krm

---

„Für eine kämpferische Metall-Tarifrunde 2021: Als Vernetzung kämpferischer Gewerkschafter sagen wir klar und deutlich, eine Forderung ‚bis zu 4 Prozent‘ mit der Option, sie auch als Teillohnausgleich für kürzere Arbeitszeiten zu nehmen, lehnen wir ab. Um Reallohnverluste abzuwehren, braucht es eine Lohnerhöhung zwischen 5 und 6 Prozent, mindestens aber 150 bis 200 Euro und für Auszubildende mindestens 100 Euro mehr – und zwar für alle und tabellenwirksam. Mit Arbeitszeitverkürzungen können wir der Arbeitsplatzvernichtung entgegenwirken. Deshalb fordern wir die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, und zwar für alle.“

---



## Was die Kapitalisten zur Tarifrunde sagen

#zusammenpacken – das ist der Hashtag, den sich die „Sozialpartner“ aus dem Lager der Elektro- und Metall-Kapitalisten für die anstehende Tarifrunde ausgedacht haben. Es schmückt als Überschrift ihre Presse- und sonstigen Mitteilungen, worin sie erklären, was sie darunter verstehen. Nachstehend einige Beispiele:

„... Es gehört zu dieser Krise, dass wir alle die Gürtel enger schnallen mussten und müssen. (...) Es gibt ein eisernes Grundprinzip, von dem wir nicht abweichen: Wer mehr arbeitet, sollte mehr verdienen, wer weniger arbeitet, sollte weniger verdienen. Das ist gegenüber Arbeitnehmern aus anderen Branchen nur gerecht. Für weniger Arbeit kann es nicht mehr Geld geben...“ (Rainer Dulger, Präsident von Gesamtmetall, im Interview mit dem Mannheimer Morgen, 7. November 2020)

„... Innerhalb der Tarifvereinbarung muss es auch Differenzierungsmöglichkeiten geben, die einen klaren Automatismus haben. Das heißt, automatische, temporäre betriebliche Abweichungsmöglichkeiten innerhalb der Tarifverträge, wenn z. B. Unternehmen extrem schlechte Erträge haben oder bestimmte Kennzahlen erreicht sind (...) Die Tarifrunde benötigt einen Krisenabschluss.“ (M+E Verband Thüringen, 14. Oktober 2020)

„Es ist absolutes Maßhalten angesagt (...) Wir sollten beim Grundentgelt nicht noch mehr draufsatteln und an anderer Stelle entlasten, z. B. bei Sonderzahlungen oder bei Zuschlägen (...) Aus meiner Sicht müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, dass Beschäftigte für das gleiche Geld ein paar Stunden mehr arbeiten (...) Wir brauchen die Nullrunde.“ (Dr. Stefan Wolf, Vorsitzender von Südwestmetall, 13. Oktober 2020)

## „Wir bleiben bei unseren Forderungen“

Ein Trambahnfahrer berichtet: „Jetzt tanken wir Kraft und bereiten uns auf einen heißen Mai vor.“

In den letzten Jahren hatte Verdi alle Ländertarifverträge und fast alle Haustarifverträge im ÖPNV auf eine gemeinsame Laufzeit bekommen, so dass die Friedenspflicht von allen im Juni 2020 auslief. So auch der TV-MVG (Absenkungs- und

Spaltungs-Tarifvertrag in München) mit einer im letzten Jahr erkämpften Laufzeit von nur 14 Monaten.

Geplant war ein heißer Sommer mit wochenlangen Streiks, um einen bundesweiten Rahmentarifvertrag durchzusetzen

und um klar zu machen, dass eine Verkehrswende nur mit besseren Arbeitsbedingungen im ÖPNV zu haben sei.

Dann kam die Corona-Krise. Nach einer kurzen Schreckstarre konnten die ersten bundesweiten Streiks für den Rah-



mentarifvertrag im September beginnen. Unsere Forderungen in Bayern waren und sind: Überleitung des TV-MVG in den TV-N und 35-Stunden-Woche. In drei Tarifrunden hatten sich die Arbeitgeber kaum bewegt: Angeboten wurde anfangs eine Nullrunde.

Zwischen den ersten beiden Verhandlungsrunden gab es zwei Streiktage für den Bundesrahmentarifvertrag, die für uns eine gute Übung waren: Mit dem ersten haben wir München ziemlich lahmgelegt, beim zweiten konzentrierten wir uns auf

einen gemeinsamen Busstreik wegen der gleichzeitigen Verhandlungen im privaten Omnibusgewerbe.

Vor der dritten Verhandlungsrunde gab es dann einen Warnstreik für die bayerischen Tarifverträge. Dieser Warnstreiktag hat eine noch stärkere Kampfbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen bewiesen.

Dennoch war nun die öffentliche Stimmung wegen steigender Infektionszahlen am Kippen; jetzt in den unbefristeten Streik zu treten, wäre schwierig geworden. Hinzu

kam der frische Abschluss im TV-ÖD, der uns die Verhandlungen nicht leichter gemacht hat. Auch weil inzwischen andere Länder im ÖPNV abgeschlossen hatten, setzten wir eine Verhandlungsverschiebung in den Mai durch - unter Mitnahme der „Coronaprämie“ von 700 Euro.

Das wurde von den Beschäftigten gut aufgenommen. Jetzt tanken wir Kraft und bereiten uns auf einen heißen Mai vor. Wir bleiben bei unseren Forderungen. ■



## „Die schwierigen Verhandlungen haben wohl nicht mehr hergegeben.“

Zum Ergebnis der Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen.

Am 25. Oktober endete die Tarifaussensatzung bei Bund und Kommunen. Trotz der durch Medien und Politik verbreiteten Vorwürfe, es sei unverantwortlich, in Zeiten der Pandemie zu streiken, zeigten die Kolleginnen und Kollegen, dass man auch in solchen Zeiten nicht nur kämpfen kann, sondern auch muss. Die Verantwortlichen in Bund und Kommunen hatten zunächst jegliche Forderung mit Hinweis auf die Folgen der Krise für die öffentlichen Haushalte zurückgewiesen.

Nach etlichen Warnstreiks in den verschiedensten Städten sahen sich Innenminister, Bürgermeister und Landräte dann doch gezwungen, sich mit den Gewerkschaften Verdi und GEW auf folgende Ergebnisse zu einigen:

- Je nach Entgeltgruppe 300 bis 600 Euro steuerfreie Coronazulage im Jahr 2020, 1,4 Prozent mehr Lohn zum 1. April 2021, mindestens aber 50 Euro und zum 1. April 2022 eine weitere Lohnerhöhung um 1,8 Prozent.

- Für die Beschäftigten in den Pflegebereichen zudem Anhebung von Zulagen.
- Die Jahressonderzahlung, einst gekürzt, wurde für die unteren Entgeltgruppen wieder erhöht.
- Die Arbeitszeit im Osten soll in zwei Schritten um eine Stunde verkürzt werden, so dass ab 2023, nach über 30 Jahren „Einheit“, in Ost und West für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst die 39-Stunden-Woche gilt. ■

### **Eine Vertrauensfrau aus dem Klinikum Schwabing berichtet von der Versammlung der Vertrauensleute am 28. Oktober:**

Allgemein ist natürlich jeder mit dem Abschluss nicht glücklich. Aber die schwierigen Verhandlungen haben wohl nicht mehr hergegeben, so haben die Kollegen das eingeschätzt. Die Pflege ist recht gut weggekommen. Ein Plus durch Coronazuschläge, z.B. 600 Euro in den unteren Entgeltgruppen, die in diesem Jahr noch ausbezahlt werden sollen. Die Kollegen, die auf Intensiv arbeiten, haben einen Zuschlag von 100 Euro im Monat begrüßt. Die Wechselschichtzulage wurde um 50 Euro erhöht, die Jahressonderzahlung in den Gruppen 1 bis 8 wurde um 5 Prozent erhöht. (Normale Pflege ist Gruppe 7.) Beim Samstag-Zuschlag war noch nicht ganz klar, ob die Erhöhung für den ganzen Tag oder nur ab 14 Uhr gilt, wahrscheinlich letzteres. Kritisiert wurde, dass für Therapeuten keine zusätzlichen Verbesserungen außer den gestaffelten Entgeltzuwächsen dabei sind. Ebenso wurden die Kollegen im Küchen- und Fahrdienstbereich nicht berücksichtigt. Und die Azubis haben sich auch mehr erwartet, nur 25 Euro mehr. Großes Thema war noch der Umgang der Geschäftsführung mit dem Streik. Notdienstvereinbarungen wurden von Seiten der Geschäftsführung nicht eingehalten. Die Stationen, die streiken wollten, wurden mit Patienten, auch elektiven (ausgewählten), voll belegt, und die Kolleginnen und Kollegen, die verantwortlich bei den Notdienstvereinbarungen waren, hatten im Vorfeld des Streiks viel Stress. Außerdem werden die aktivsten Kolleginnen und Kollegen jetzt einzeln zu Gesprächen mit der Geschäftsführung geladen, u.a. wegen der Ausschmückungen (mit Transparenten, d. Red.).

## Mit Faschisten demonstriert man nicht!

Der DGB Bayern hat sich schon vor einigen Monaten in einer Stellungnahme zu den sogenannten Hygienedemonstrationen, wie sie jetzt angesichts der zweiten Welle der Corona-Pandemie wieder aufgeflammt sind, klar positioniert. Die Stellungnahme wollen wir hier in Auszügen dokumentieren.

### „Corona-Demos“ – unsolidarisch und gefährlich

(...) Bei diesen Demos gibt es nach bisherigem Kenntnisstand eine merkwürdige Allianz von Rechtsextremen, Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern, esoterisch Angehauchten, schlichten Leugnern des Corona-Virus und einigen anderen. (...) Offensichtlich sind den Teilnehmenden die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten beispielsweise in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder Rettungsdiensten egal. (...) Soziales spielt keine Rolle.

Das lässt sich daraus schließen, dass aktuelle soziale Themen bei diesen Kundgebungen überhaupt keine Rolle spielen. So sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen abhängig Beschäftigten genauso wenig Thema wie die Infektionsgefahr durch Massenunterkünfte bei Werkvertragsbeschäftigten oder Erntehelfern (...).

### Gefahr von Rechts

Hinzu kommt, dass die Demonstrierenden Felder besetzen, an die Rechtsextreme anknüpfen können. Oftmals sind die Themen

ohnehin schon zentrale Bestandteile eines rechtsextremen Diskurses: So tauchen bei den Demonstrationen zahlreiche antisemitische Anspielungen auf. Teilnehmende tragen „Judensterne“ mit der Aufschrift „Impfgegner“ oder es werden Plakate gezeigt mit dem Text „Bill Gates = Dr. Mengele“. Damit wird der Holocaust verharmlost und für niedere Zwecke instrumentalisiert. In die gleiche Richtung gehen krude Verschwörungsmysen wie „Bill Gates will die Weltherrschaft“. Auch wenn Bill Gates selbst kein Jude ist, laufen diese Äußerungen im Kern auf eine der frühesten und wirkmächtigsten antisemitischen Verschwörungsmysen hinaus: „Juden arbeiten im Verborgenen, um die Weltherrschaft an sich zu reißen“.

### Unsere Verantwortung

Für den DGB Bayern heißt das, sich als wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft klar zu positionieren für Demokratie, für Solidarität, für Aufklärung gegen Mythen und für Wissenschaftlichkeit als Grundlagen unseres gewerkschaftlichen Handelns.“

(aus DGB „Streitzeit“ 10/2020)

Und wir fügen hinzu: Kein demokratisch und antifaschistisch eingestellter Kollege, der sich nicht mit Nazis gemein machen will, hat auf diesen Demonstrationen etwas verloren! Mit Nazis zusammen demonstriert man nicht!

Statt der Propaganda der Faschisten auf den Leim zu gehen, sie würden die Demokratie oder das Grundgesetz gegen die „Corona-Diktatur“ verteidigen, sollten wir als Arbeiterinnen und Arbeiter, als Gewerkschafter, den Kampf gegen die Abwälzung der Corona-Krise auf die Arbeiterklasse organisieren. ■ma

### Freiheit für das Grundrecht auf Ausbeutung

Die Ziele des Bündnisses „Querdenken“ sind nicht von ungefähr deckungsgleich mit den Interessen der Konzernbosse. „Ihre Interessen haben namhafte Repräsentanten des Finanzkapitals so formuliert: Banker Alexander Dibelius „... besser eine Grippe als eine kaputte Wirtschaft.“ (Handelsblatt 20. März 2020) Oder Herr Döpfner: „... der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer SE, Mathias Döpfner, urteilt, die ‚Folgen der Virusbekämpfung‘ könnten ‚schlimmer sein ... als die Folgen des Virus selbst‘“. D.h.: So niedlich klingt Hetze auf geschliffenem Niveau und verkleidet in Wirklichkeit die wahren Ziele. Bei allen Unterschieden dieser Bewegung bleibt dann als der gemeinsame Nenner: Den Tod von Zigtausenden in Kauf nehmen im Namen der Grundrechte, damit der Euro wieder rollt. Weg mit den Beschränkungen, her mit Freiheit, andere sterben zu lassen. Endlich wieder Räder rollen lassen über Leichen! – Dazu dient der „Hygiene“-Mob.

<https://www.kaz-online.de/artikel/hygiene-demos-freiheit-fuer-dummheit-und-ba>

**Generalangriff auf Betriebsräte und Arbeitszeit** Der Deutsche Anwaltverein (DAV) fordert ein „Arbeitsrechtliches Pandemiebekämpfungsgesetz“ (APBG), das einen umfassenden Angriff auf die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte darstellen würde. Das Betriebsverfassungsgesetz solle demnach ergänzt werden, so dass während der Pandemie nicht mehr der Betriebsrat, sondern lediglich ein aus dem Betriebsratsvorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern bestehender Ausschuss entscheiden soll. Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte sollen in bloße Anhörungsrechte umgewandelt und Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz legalisiert werden. Bei „nicht unverhältnismäßigen Überschreitungen“ der zulässigen Arbeitszeiten, was auch immer dann das ist, soll dann grundsätzlich ein „Noffall“ vermutet werden, der über den Gesetzesverstoß hinweghilft. Und „Noffälle“ kennt das Kapital bekanntlich viele!



AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

**„Querdenken“ und die Pseudo-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“** Die AfD-nahe Gruppe „Zentrum Automobil“ hatte zur Teilnahme an einer der größten Corona-Leugner-Demonstrationen der sog. „Querdenken“-Bewegung am 29. August in Berlin aufgerufen. In ihrem Demonstrationsaufruf machten sie auch Stimmung gegen die IGM, Verdi und die anderen DGB-Gewerkschaften. Sie unterstellen unseren Gewerkschaften „bedingungslose Gefolgschaft“ zur Regierung und behaupten, dass sie sich schon seit Jahren nicht mehr für die Interessen der abhängig Beschäftigten einsetzen würden.

Gerade die, die im Interesse der Kapitalverbände den Arbeits- und Kündigungsschutz und vieles andere, das die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften in harten Kämpfen errungen haben, schleifen und die durch und durch arbeiterfeindliche Ideologie der AfD in die Betriebe tragen wollen, sagen das! Welch ein Hohn!

Es ist kein Wunder, dass „Zentrum Automobil“ zu Demonstrationen der „Querdenker“ aufruft. Schließlich wird die AfD nicht müde zu behaupten, dass das Virus nicht schlimmer als eine „normale“ Grippe sei und deshalb die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie nur unnötig die Wirtschaft kaputtmachen würden. Die Profite der Kapitalisten sollten schnellstmöglich wieder ohne jede Einschränkung sprudeln. Zumindest wenn es nach den Wünschen der AfD und den hinter ihr stehenden Unternehmern geht. Dazu hatte der AfD-Nazi Höcke schon mal vorsorglich im Sommer die Pandemie für beendet erklärt. (spiegel.de, 21. November 2020)

Und es verwundert auch nicht, dass der gesundheitspolitische Sprecher der AfD im Landtag von NRW, Dr. Martin Vincentz, von der Verantwortung des Herrn Clemens Tönnies für die massenhaften Corona-Ausbrüche in seinen Fleischfabriken nichts wissen wollte. Eine Diskussion über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen bei Tönnies und den von ihm beauftragten Subunternehmen nannte er im Landtag „bösaartigen Populismus“. (Youtube-Kanal der AfD-Landtagsfraktion in NRW, 24. Juni 2020)

**Die DKP erklärt:** Die zweite Welle der Corona-Pandemie ist da. Das Handeln der Herrschenden ist widersprüchlich. Die Ökonomie soll weiterlaufen, unabhängig wie notwendig sie gesellschaftlich ist und unabhängig davon, wie die Werktätigen dabei gefährdet werden. Aber Freizeit, Urlaub etc. wird reglementiert und der Eindruck erweckt als läge die Gefährdung hauptsächlich am Freizeitverhalten des Einzelnen.

An den Einsatz der Bundeswehr im Innern sollen wir uns gewöhnen, an die Einschränkung von Grundrechten auch. In der (...) Tarifrunde im Öffentlichen Dienst und im ÖPNV ist der Applaus verstummt. Die durch Klassenkampf von oben leergesparten öffentlichen Kassen sollen erhalten, um den Beschäftigten die Krisenlasten aufzudrücken, während das Geld für Banken und Konzerne, für Aufrüstung nur so sprudelt.



